

2 Meinungen

Leserbriefe

Neuhausen erstickt im Verkehr

Zu «Der «Eiserne Steg» bleibt bis zum Jahresende gesperrt», SN 8. 11.

Im Rahmen des Finanzausgleichs 2014 innerhalb des Kantons ist Neuhausen mit 470 000 Franken die grösste Beitragszahlerin. Empfänger dieser Mittel sind neben anderen acht Klettgaugemeinden. Wäre anstelle der Finanzlage die Verkehrsbelastung das entscheidende Kriterium, müsste das Geld umgekehrt fließen.

Neuhausen als Nadelöhr leidet nach wie vor am massiven Durchgangsverkehr zwischen dem Klettgau und Schaffhausen. Die neue S-Bahn wird zu wenig benutzt. Viele Automobilisten benutzen statt der Klettgauer- und der Schaffhauserstrasse Schleichrouten durch Wohnquartiere wie die Enge- und die Rosenbergstrasse, was dort die Lebensqualität und die Sicherheit beeinträchtigt.

Um den Schleichverkehr einzuschränken, wurde bereits vor einiger Zeit die Zufahrt in die Engestrasse mit einer Ampel dosiert (Pfortnerung). Dies führte zu Reklamationen von Automobilisten aus dem Klettgau. In diesem «Ampelstreit» verfügte der kantonale Baudirektor Dubach 2013, dass die Dosierung zur Einfahrt in die Engestrasse wieder gelockert wird und dass aus der Engestrasse nicht mehr nach links abgelenkt werden kann. So wird der Fluss auf der Klettgauerstrasse nie unterbrochen. Statt gemäss Agglomerationsprogramm von 2007 vor dem bewohnten Gebiet bereits in der Enge zu pfortnern und eine flüssige Fahrt im Ortszentrum zu ermöglichen, wird so der Stauraum ins Zentrum verlegt. Zu Stosszeiten herrscht dort ein Verkehrschaos.

Auch der Verkehr innerhalb Neuhausens steckt. Spitex-Mitarbeiterinnen beklagen sich, dass sie zu spät zu ihren Patienten gelangen. Die Busbevorzugung bei den Lichtsignalanlagen Kreuzstrasse und Rheinhof wurde bereits 2012 aufgehoben, was vor allem für die 6er-Linie zu chronischen Verspätungen führt. Dies ist dann sehr ärgerlich, wenn Anschlusszüge verpasst werden.

Der Galgenbucktunnel wird erst 2019 Entlastung bringen. So lange lassen sich die Neuhauser nicht trösten. Herr Dubach, jetzt müssen Taten vom Kanton folgen!

Werner Brauchli
Neuhausen am Rheinfall

Ausschreibung im Amtsblatt reicht nicht aus

Zu «Der abgebrochene Dorfbrunnen» SN vom 25. 10.

Als ehemaliger Gemeinderat von Opfertshofen muss ich zugeben, es war eigentlich schon ein sehr cleverer Schachzug des Gemeinderates, einfach eine Abbruchbewilligung des Brunnens im Amtsblatt zu publizieren. Denn seien wir doch mal objektiv, wer von den normalsterblichen Bürgern studiert das Amtsblatt Woche für Woche? Ich denke, es wird gesamtschweizerisch ein kleiner Anteil der Bevölkerung sein, und da gehöre ich leider nicht dazu. Es wurde unter anderem auch im Heimatblatt publiziert, das auch nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner abonniert haben, zudem es ganz klein in den Gemeindemitteilungen zu finden war. Leider wird ein Abbruch nicht öffentlich ausgestellt wie ein Um- oder Neubau.

Ich selber sah die Abbruchbewilligung erst am 15. 2. 2014 in den SN, die dieses Inserat am 13. 2. publizierten. Mir blieben gerade einmal zwei klägliche Tage, und das auch noch über ein Wochenende, um zu reagieren. Ich hatte sofort Mailkontakt mit dem Gemeindepräsidenten Philippe Brühlmann, der mein Anliegen prüfen wollte. Doch was bei mir sehr schräg reinkam, war, dass er mir ein Mail schrieb, um mir zu erklären, wie es dazu gekommen war, während der Brunnen schon abgebrochen wurde, und das geschah zwischen 13.00 und 15.00 Uhr am 18. Februar. Es sei alles rechtens, der grosse Tenor aller Beteiligten des Gemeindegremiums! Es ist eine Schande, mit welcher Überheblichkeit mit dem einzigen Kulturgut, das Opfertshofen vorzuweisen hat, umgegangen wurde – nachdem sich die Bevölkerung für den Erhalt aller Brunnen ausgesprochen hatte. Was wird wohl das Nächste sein? Vielleicht ein Kirchenabriss, wenn wir von Thayngen auch noch geschluckt werden? Denn die Kiche hat ja dann ihre ursprüngliche Funktion auch verloren! Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der vierte Dorfbrunnen ersetzt werden soll und wieder ins Oberdorf gehört.

Rolf Steinemann
Opfertshofen

Schnell aufs Amt – die Gebühren steigen an

Zu «Kantonsrat auf der Jagd nach Einsparungen», SN vom 18. 11.

Ich möchte mich bei den SN ganz herzlich dafür bedanken, dass sie in der Diensttagsausgabe ein Bild von mir in Ausübung meines Amtes als Gebührenjäger auf die Titelseite des Regionalteils genommen haben. In dieser Funktion habe ich zusätzliche Belastungen des Bürgers durch Gebührenerhöhungen – leider völlig erfolglos – zu verhindern gesucht. Alle geplanten Gebührenerhöhungen werden per 2015 mit dem Segen der Parlamentsmehrheit eingeführt!

Sollten Sie beispielsweise in irgendeinem Fahrzeugausweis noch Änderungen einzutragen haben (bspw. aufgrund einer Adressänderung infolge Umadressierung in Ihrer Gemeinde), müssen Sie sich mit Ihrem Gang aufs Strassenverkehrsamt also sputen! Eine Änderung der Hausnummer kostet 30 Franken ab 2015 pro Ausweis!

Matthias Frick
Trasadingen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

ZU WICHTIG, UM DEM WAHLJAHR GEOPFERT ZU WERDEN

SN vom 20. 11.

Im Zusammenhang mit der Reform der zweiten Säule muss es korrekt heissen: eine Absenkung des «Umwandlungssatzes».

«BAUBOOM GERÄT AN SEINE POLITISCHEN GRENZEN»

SN vom 19. 11.

Der Gemeinderat wollte das Kirchacker-Schulhaus im Zusammenhang mit der Kirchacker-Überbauung nie «zwingend» abreißen lassen, zog einen Abriss aber nebst anderen Möglichkeiten wie einer Sanierung des Gebäudes in Betracht.



Der Sitz des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), wo auch der Nachrichtendienst des Bundes untergebracht ist. Dessen Kompetenzen sollen mit einer Revision ausgeweitet werden.

Bild Key

Sicherheit und Stabilität – ein Grundbedürfnis!

Wir nähern uns mit riesigen Schritten der Weihnachtszeit. Die Themen der kommenden Session werden aber kaum vorweihnachtliche Stimmung aufkommen lassen. So haben wir das Budget 2015, den Finanzplan 2016 bis 2018 und die Energiestrategie 2050 zu behandeln. Für das letztgenannte Thema sind übrigens mehrere Tage (!) vorgesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Wintersession wird die Revision des Nachrichtendienstgesetzes sein. Etwas übergeordnet betrachtet, geht es hier darum, dass in unserer Schweiz auch in Zukunft Sicherheit und Stabilität an oberster Stelle stehen. Die Angst, dass wir just 25 Jahre nach dem Fichenskandal wieder in diese Phase fallen, ist absolut unbegründet. Gerade die Vorfälle der letzten Monate und Jahre zeigen uns auf brutale Art und Weise auf, dass Sicherheit nicht gratis ist und ständig neu garantiert werden muss.

Die Schweiz muss in der Lage sein, rechtzeitig Bedrohungen und Gefahren zu erkennen. Das Nachrichtendienstgesetz ist daher eine Art Präventionsgesetz. Die Grundrechte und die individuelle Freiheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden weiterhin gewahrt. Angriffe auf unsere Industrie und unsere Wirtschaft (Cyber, Spionage etc.) sind mittlerweile an der Tagesordnung und geschehen oft im Versteckten. Aufkommende Terrororganisationen rekrutieren Personen weltweit und erfreuen sich leider steigender Beliebtheit. Die Vorkommnisse in Beringen haben uns vor Augen geführt, dass es auch uns treffen kann.

Die Revision des Nachrichtendienstgesetzes, die in der kommenden Wintersession auf dem Programm steht, ist dringend notwendig. Sonst wird die Schweiz blind und vor allem handlungsunfähig.

VON THOMAS HURTER

Deshalb muss die Schweiz die Möglichkeit haben, Informationen zu beschaffen, Personen zu überwachen oder im Notfall sogar in Computersysteme einzugreifen. Dies, um mögliche Missetaten oder Missetäter vor der Aktion zu erkennen und abzuwehren.

Transparenz ja, Sicherheit nein?

In diesem Zusammenhang erstaunt es mich dann aber doch immer wieder, dass es Personen gibt, die möglichst viel Transparenz wollen (Steuern, Spenden etc.), auf der anderen Seite aber gerade im Sicherheitsbereich, wo es oft um die Gefährdung von hochwertigen Rechtsgütern wie Leib und Leben

geht, fordern, dass möglichst wenig getan werden darf.

Mit dem neuen Gesetz sollen neue Informationsbeschaffungsmassnahmen (zum Beispiel Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs) eingeführt werden. Damit diese Massnahmen nicht einfach so angeordnet werden können, benötigen sie eine Bewilligung des Bundesverwaltungsgerichtes sowie des Chefs des VBS nach obligatorischer Konsultation des Sicherheitsausschusses des Bundesrates (EJPD, EDA und VBS). Die gesammelten Daten werden differenziert abgelegt. Der Nachrichtendienst wird vierfach überwacht (Geschäftsprüfungsdelegation, Finanzdelegation, VBS sowie Bundesrat). Neu soll es auch möglich sein, in Computersysteme im Ausland einzugreifen, sofern die Schweiz betroffen werden könnte.

Zusätzlich soll es ein Organisationsverbot für Organisationen oder Gruppierungen geben, welche terroristische oder gewalttätig-extremistische Aktivitäten propagieren oder unterstützen und damit die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung bedrohen. Konkret geht es momentan um die Gruppierungen Al Kaida und Islamischer Staat.

Ohne ein solches Gesetz ist die Schweiz blind und darf nichts tun. Die Schweiz ist ein Land der Stabilität und der Sicherheit! Wir müssen uns dafür einsetzen, dass dies weiterhin so bleibt.

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP) und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission.

Presseschau Alain Bersets grosse Rentenreform

Schon jetzt ist klar, dass die Erfolgchancen minim sind. Die Gewerkschaften und Teile der Linken sind ohnehin gegen die Rentenreform. Und das, ob-

Die Verwaltung hat alle Grundlagen abgeliefert, die für die Parlamentsarbeit nötig sind. Rückweisung an den Bundesrat käme einer Arbeitsverwei-

Alles oder nichts. So lautet die Devise von Alain Berset. Das bleibt eine Hochrisikostategie. Scheitert das Paket 2018 oder 2019 an der Urne, steht der Bun-

NEUE LUZERNER ZEITUNG

TagesAnzeiger

Neue Zürcher Zeitung

wohl ihnen Berset mit einseitigen Steuererhöhungen weit entgegenkommt. Bürgerliche und die Arbeitgeber wollen die Mammutvorlage zurückweisen und aufteilen, weil das Paket zu viele Angriffsflächen bietet. Teile der Reform seien dringlich und vorzuziehen. Vor diesem Hintergrund ist es verantwortungslos, dass der Bundesrat in der geplanten Form am Gesamtpaket festhält.

gerung gleich. Ebenso unverantwortlich wäre die Aufteilung in Einzelvorlagen, die vor dem Volk chancenlos sind. Es geht um die Sicherung der Säulen des Sozialstaates. Wer aber die von Berset gewählte Verknüpfung von AHV-Revision, Steuererhöhung und BVG-Reform zu einem Ganzen für riskant hält, kann das in den Räten problemlos ändern.

desrat vor dem Nichts. Gleichzeitig dürfte die AHV dannzumal bereits hohe Defizite ausweisen. Als Ausweg aus der Misere bliebe dann nur, dem so wichtigen Sozialwerk sofort über Mehreinnahmen neuen Kraftstoff zu geben. Berset taktiert riskant, aber auf seiner politischen Linie bleibend: Scheitert seine Reform, wird er seine Bemühungen hervorheben und gut mit den zwingenden Mehreinnahmen leben können.